

*Herr Präsident,
Herr Regierungsrat,
geschätzte Anwesende*

Sie wissen es, am 16. September 97 wurde dieses Geschäft hier im Rat behandelt. Der Regierungsrat beantragte damals, die Nichtgenehmigung der unüberbauten Bauzone im Gebiet „Steirüti“. Die damalige Bau- und Planungskommission stimmte diesem Antrag, nach einem Augenschein vor Ort, mit 8:5 Stimmen gut. (Übrigens, auch der damalige Gemeindeammann Herr Brun sagte aus, dass der Gemeinderat auch mit einer Nichteinzonung des Gebietes „Steirüti“ durchaus leben könne.) Die wichtigsten Gründe dafür waren, dass die Bauzone von Brunegg viel zu gross ist und dass in der „Steirüti“ der Umgebungsschutz und der Denkmalschutz in grösster Weise verletzt werden. Das Schloss Brunegg steht rechtskräftig unter kantonalem Denkmalschutz. Zum Schutze des freien Umgeländes des Schlosses darf die Bauzone nicht hangaufwärts gezogen werden. Eine weitere Überbauung des Schlosshanges bis zur Waldgrenze würde die Umgebung und die Sicht auf das denkmalgeschützte Schloss nachhaltig beeinträchtigen. Eine Zonierung in der Bauzone widerspricht somit §40 Baugesetz und §12 des Denkmalschutzdekretes. Eine Überbauung wäre also rechtswidrig. Trotzdem wurde das Geschäft auf Drängen der SVP vom Grossen Rat mit 76:68 überwiesen. Nun liegt ein Kompromissvorschlag vor uns, welcher die beiden Parzellen 76 + 77 der Bauzone zuteilen will. Nach wie vor verfügt die Gemeinde über eine zu grosse Bauzone. Dass diese Fläche lediglich über ein kleines Strässchen erreichbar ist soll uns nicht weiter kümmern, trägt aber dazu bei, dass man hier mit viel Aufwand, die beiden Parzellen erschliessen könnte. Da diese Fläche am Rand liegen, ist die Beeinträchtigung auf den Schlosshang nicht mehr so stark und kann als Kompromiss noch knapp hingenommen werden. Es ist zugegeben keine optimale Lösung, korrigiert jedoch den durch die SVP angestossenen Fehlentscheid wenigstens teilweise. Die Begründungen von Seiten der SP sind dieselben wie im September 97 und finden nun zu einem grossen Teil ihren Niederschlag in dieser Botschaft. Die SP wird diesen Kompromiss mittragen und der Botschaft zustimmen.

Roland Agustoni, Magden

